

Niemand zieht für die Hartz-Kommission in den Wahlkampf !
Warum der Kanzler seine zweite Chance schon fast verspielt hat – Die Folgen der
Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen

von

Dieter Oberndörfer, Gerd Mielke und Ulrich Eith

Diese Analyse wurde von der „Arbeitsgruppe Wahlen Freiburg“ erstellt. Neben den Autoren hat daran der Politikwissenschaftler Ingo Geisel mitgearbeitet. Erschienen ist sie in der Frankfurter Rundschau Nr. 32 vom 7. 2. 2003, S. 7 (Dokumentation).

I.

Vor gut vier Monaten hat die Regierung Schröder die Bundestagswahlen gewonnen und damit eine unerwartete zweite Chance erhalten. Doch schon wenige Wochen später sackte die SPD in den Umfragen dramatisch ab. Die beiden Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen bestätigten nunmehr die seit dem Spätherbst gemessenen massiven Zweifel an der Regierungskunst des Kanzlers. Bei zweistelligen Verlusten verzeichnete die SPD Tiefstände, wie sie in Niedersachsen (33,4 %) und Hessen (29,1 %) bei Landtagswahlen noch nicht zu beobachten waren. So werden sich die regionalen politischen Kulturen in den beiden vormaligen sozialdemokratischen Hochburgen auch in der Folge nachhaltig verändern.

Unstrittig unter Wahlforschern ist, dass dieses Wahldesaster größtenteils dem bundespolitischen Erscheinungsbild der Sozialdemokratie und insbesondere der unentschlossenen Politik des Bundeskanzlers zuzuschreiben ist. Landespolitische Faktoren spielten diesmal eine deutlich nebensächliche Rolle.

Die für Westdeutschland bislang beispiellosen Stimmenumschwünge verlangen nach Erklärungen. In zahlreichen Kommentaren wird hierfür als Ursache eine neue Wechselhaftigkeit im Wählerverhalten angeführt. Diese populäre Volatilitäts-These und ihr Bild vom unstillen, wankelmütigen Wähler vermittelt jedoch einen verzerrten und unvollständigen Eindruck der Entwicklungen, die in den Wahlergebnissen von Hessen und Niedersachsen zum Ausdruck kommen. Stattdessen sollte die Analyse von einer der unangefochtenen Erkenntnisse der Wahlsoziologie ausgehen: Wählerverhalten ist stets im

Zusammenhang mit dem politischen Handeln der Parteien und der Qualität der politischen Auseinandersetzungen zu sehen. Die strukturellen und programmatischen Grundlagen des politischen Wettbewerbs sind in jedoch letzter Zeit zunehmend aus dem Blick der öffentlichen Wahrnehmung geraten, nicht zuletzt durch die Ausrichtung der Medien auf die Personalisierungstendenzen im politischen Geschäft. Die Ergebnisse von Hessen und Niedersachsen belegen jedoch die fortdauernde Wirkung struktureller Kontextbedingungen.

Gleich drei langfristig wirksame Eigentümlichkeiten sozialdemokratischer Politik auf Bundesebene haben politische Rahmenbedingungen geschaffen, die die Möglichkeiten der sozialdemokratischen Landesparteien und ihrer Spitzenkandidaten von vorne herein beschränkten, sich gegen die Union und die Liberalen durchsetzen zu können.

(1) Die SPD hat es seit 1998 nicht verstanden, das für eine sozialreformerische Partei zentrale Leitmotiv der sozialen Gerechtigkeit als Fundament ihrer Politik überzeugend zu inszenieren und durchzuhalten.

(2) Zugleich hat die SPD einen schleichenden Paradigmenwechsel in der öffentlichen Debatte nicht verhindert, der zumeist unter dem Schlagwort der „Deutschland AG“ anstelle des öffentlichen Ringens um Werte und gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven als neues Leitmotiv die vorgeblich einfache und zwingende Kosten-Nutzen-Arithmetik betriebswirtschaftlicher Logik postuliert.

Beides – die Abkehr vom Leitmotiv der Gerechtigkeit und die allmähliche Ökonomisierung des Politischen – führte zu einem öffentlichen Diskurs, dem es weitgehend an programmatisch kontroversen Streitfragen fehlt und in dem folglich auch eine bewußtseinsprägende Polarisierung und Integration der Wähler um zentrale Zukunftsthemen kaum möglich ist.

(3) Anstelle einer auf programmatische Entwicklungsperspektiven gegründeten Führung pflegt der Bundeskanzler einen auf zahlreiche Kommissionen und Sachverständigenräte abzielenden, und dadurch ergebnisoffenen Moderationsstil, der in wirtschaftlichen Umbruchs- und Krisenzeiten in weiten Kreisen der Wählerschaft den Eindruck von Orientierungslosigkeit und Untätigkeit erzeugt. Zudem tragen die zahlreichen, vom Bundeskanzler auf breiter Front etablierten Kommissionen und Räte dazu bei, die ohnehin prekäre Autorität der für die politische Problemlösung eigentlich vorgesehenen Institutionen – Regierung und Parlament – sowie der sie tragenden Parteien weiter zu schwächen.

In ihrer Summe haben diese Faktoren vor allem erhebliche Teile der früheren sozialdemokratischen Wähler verunsichert und sie gleich scharenweise in die verschiedensten politischen Himmelsrichtungen verjagt. Die Volatilität der Wähler, dies ist die Kernthese dieses Beitrags, ist also nicht die Ursache für die am Sonntag zu beobachtenden Umschwünge; vielmehr ist diese Volatilität eher als Resultat einer auf inhaltliche Unschärfe und programmatische Brüche angelegten politischen Debatte zu begreifen.

Betrachten wir zunächst die Struktur der Wahlergebnisse in Hessen und Niedersachsen, um dann auf dieser Grundlage die Effekte des bundespolitischen Kontextes genauer zu analysieren.

II.

In Hessen ist es Roland Koch mit ordentlicher Leistungsbilanz und einer polarisierenden persönlichen Ausstrahlung gelungen, die CDU zu einem unerwartet deutlichen Wahlsieg zu führen. Der sozialdemokratische Spitzenkandidat war zudem vielen Wählern bis zum Wahltermin unbekannt geblieben. So erzielte die CDU bei einem Zuwachs von 5,4 Prozentpunkten landesweit 48,8 Prozent der Stimmen und errang in dem traditionell sozialdemokratischen Hessen erstmals die absolute Mehrheit der Landtagsitze. Überdurchschnittliche Gewinne gelangen in sozialdemokratischen Hochburgen sowie in ländlich-kleinstädtischen Wahlkreisen.

Spiegelbildlich hierzu erfolgte der Absturz der SPD auf 29,1 Prozent. Bei erdrutschartigen Einbußen von insgesamt –10,3 Prozentpunkten haben die Sozialdemokraten besonders in ihren traditionellen Milieus der Arbeiterschaft sowie in ländlicheren Wahlkreisen an Unterstützung verloren. Geringere Verluste waren in Dienstleistungsstädten wie Frankfurt oder Wiesbaden zu verzeichnen.

Bündnis 90/Die Grünen und die FDP konnten jeweils knapp 3 Prozentpunkte zulegen. Den Grünen gelang mit 10,1 Prozent ihr zweitbestes hessisches Landesergebnis und zudem ein weiterer Ausbau ihrer Hochburgen in den durch Dienstleistung geprägten urbaneren Zentren. Die Liberalen erzielten 7,9 Prozent und gewannen überdurchschnittlich in den eigenen sowie den CDU-Hochburgen.

In Niedersachsen hat es Sigmar Gabriel nicht vermocht, die komfortable Vormachtstellung der SPD in der Heimat des Bundeskanzlers zu verteidigen. Seine Versuche, sich in der Endphase des Wahlkampfes von der Bundespolitik abzusetzen, schlugen ins Leere. Zugleich verlieh diese Kritik des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten an Schröder der Kritik der Union am Kanzler zusätzlichen Auftrieb. Profitieren konnte hiervon sein christdemokratischer Herausforderer Christian Wulff, der mit ansteigenden Popularitätswerten und einer klar besseren Leistungsbewertung durch die Bürgerinnen und Bürger einen sensationellen Wahlsieg errang. Die Union legte um 12,4 Prozentpunkte zu und verfehlte mit 48,3 Prozent nur knapp die absolute Mehrheit.

Wie in Hessen entsprechen sich auch in Niedersachsen christdemokratische Gewinne und sozialdemokratische Verluste. Die SPD hat in allen Bevölkerungsgruppen dramatisch verloren, die Union konnte insbesondere bei Wählern mit niedrigerem sozialen Status die SPD überrunden. Die Grünen steigerten ihren Stimmenanteil auf 7,6 Prozent, dem bislang besten Ergebnis in diesem Bundesland. Die Liberalen errangen bei einem Zuwachs von 3,2 Prozentpunkten landesweit 8,1 Prozent und sind im neuen Landtag die drittstärkste Kraft.

Die Parallelität der Verschiebungen in Hessen und Niedersachsen sowie das außergewöhnliche Ausmaß der Umschwünge verweisen auf die durchschlagende Wirkung des Bundestrends. Entsprechend verdeutlichen auch die Umfragen der Meinungsforscher, dass für über 40 Prozent der Wähler diesmal bundespolitische Gründe von wahlentscheidender Bedeutung waren.

Die anhaltende Arbeitslosigkeit in Deutschland, eine konzeptionell vielstimmige Sozialdemokratie und die zögerliche Politik des Bundeskanzlers haben insbesondere bei jüngeren Wählergruppen und einfachen Leuten zu einer massenhaften Abkehr von der SPD geführt. Anders erging es hingegen dem kleineren Koalitionspartner. Die Stimmengewinne der Grünen verdeutlichen, dass sie in der derzeitigen Situation keineswegs als Reformverhinderer wahrgenommen werden.

In beiden Bundesländern stehen die Sozialdemokraten somit in der Gefahr, ihre traditionellen Stammwähler in den mittleren und unteren sozialen Schichten zu verlieren. Weitaus stärker als die Grünen profitiert von diesen sozialdemokratischen Verlusten inzwischen die Union,

die sich nun bundesweit unversehens zur „Schutzmacht der kleinen Leute“ entwickelt. Besser als die beiden Volksparteien verstehen es zur Zeit hingegen die Grünen, die vielfältigen Lebenskontexte und politischen Interessen der Menschen in den modernen Dienstleistungsmetropolen aufzugreifen und in politische Unterstützung umzusetzen.

III.

Die feste Identifikation mit dem Leitbegriff der sozialen Gerechtigkeit ist über Jahrzehnte hinweg ein Kennzeichen der SPD gewesen. Die Schwierigkeit, den Grundsatz sozialer Gerechtigkeit glaubhaft als Leitfaden ihres Regierungshandelns zu präsentieren, prägt die sozialdemokratischen Wahlergebnisse schon seit 1999. Diese Schwierigkeit hat auch am vergangenen Sonntag in überdurchschnittlichen Verlusten unter den Arbeitern und in einer besonders ausgeprägten Wahlenthaltung in diesem für die SPD so wichtigen Wählersegment ihren Niederschlag gefunden.

Der Beginn der Entfremdung zwischen der SPD und dem zahlenstarken und breit gefächerten Wählerspektrum, das von der Sozialdemokratie in erster Linie eine auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit ausgerichtete Politik erwartet, ist auf die ersten Monate nach der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokraten im Herbst 1998 zu datieren. Eine Reihe führender Sozialdemokraten erweckte damals den Eindruck, das Regierungsmandat in erster Linie als einen Auftrag zu einer grundlegenden Modernisierung des Sozialstaats zu interpretieren und unter Modernisierung sowohl die Zumutung zusätzlicher individueller Lasten in einigen zentralen Risikobereichen als auch eine damit verknüpfte fiskalische Sanierung zu verstehen. Mit diesem Modernisierungsverständnis, das sich seither auf allen gesellschaftspolitischen Themenfeldern manifestiert hat, rückte die SPD von ihrem traditionellen, auf Staatshandeln ausgerichteten Politikverständnis ab und bewegte sich gleichzeitig auf neoliberale Politikvorstellungen zu. Die Reaktion der wohlfahrtsstaatlich orientierten Wähler erfolgte prompt in der Form einer nachhaltigen Distanzierung von der SPD. Seither erweisen sich die vormaligen Traditionskompanien der SPD, aber auch neue gesellschaftliche Risikogruppen bei allen Wahlen als nur noch schwer mobilisierbare Wählersegmente.

Als Folge des Gerechtigkeitsmakels in den Augen vieler vormaliger Wähler waren seit 1999 eine Reihe dramatischer Einbrüche der SPD bei Landtags-, Europa- und Kommunalwahlen zu verzeichnen. Lediglich die zwischenzeitlich lähmende Wirkung des CDU-Spendenskandals auf die Unionsanhängerschaft in den Jahren 2000 und 2001 verhinderte damals schon eine umfassende Einschwärzung der politischen Landkarte Deutschlands. Hier sei etwa an die knappen Siege der SPD bei den schon verloren geglaubten Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein erinnert.

Eine ebenso bemerkenswerte wie folgenreiche Schließung der Gerechtigkeitslücke vollzog sich allerdings im Sommer 2002, in der Endphase des Bundestagswahlkampfes. Unter dem Schock der verheerenden Niederlage der SPD in Sachsen-Anhalt und in schneller Reaktion auf die ostdeutsche Flutkatastrophe besann sich die sozialdemokratische Führung auf die Traditionsthemen des sozialen Ausgleichs und der solidarischen Hilfe für Schwache und demonstrierte kraftvolles und entschlossenes staatliches Handeln in einer Krisensituation. Im Verein mit dem Friedensthema und dem Appell, die kulturelle Modernisierung nicht durch einen konservativen „back-lash“, wie ihn Edmund Stoiber zu verkörpern schien, zu gefährden, reichte dieses improvisierte Spiel auf der sozialdemokratischen Traditionsklavatur aus, um bei der Bundestagswahl vom 22. September die rot-grüne Mehrheit zu verteidigen. Eine Gerechtigkeits- und Kulturmehrheit hatte sich trotz widriger wirtschaftlicher Verhältnisse gegen die Union behaupten können.

Diese eher aus der Not des Augenblicks als durch politische Programmatik geborenen Ansätze einer Re-Traditionalisierung der SPD waren jedoch nur von kurzer Dauer. Bereits unmittelbar nach der Wahl gingen die sozialdemokratischen Konturen in den Wirren der finanzpolitischen Debatte und in einer ganzen Salve von gesundheits-, renten- und arbeitsmarktpolitischen Szenarien und Positionspapieren verloren. Zu den Zweifeln an der sozialdemokratischen Standfestigkeit als Garantin sozialer Gerechtigkeit trat nunmehr auch Skepsis ob der Führungskraft des Bundeskanzlers. Er verlor in dramatischer Weise an Rückhalt in der Öffentlichkeit.

IV.

Die ambivalente Einstellung der SPD zu ihren eigenen Traditionen war zeitlich eng verwoben mit dem Versuch einer Neubestimmung politischer Maßstäbe, wie er seit einiger Zeit von der Union und den Liberalen sowie ihnen nahe stehenden publizistischen Hilfstruppen unternommen wird. In ihrem Kern läuft diese Neubestimmung des Politischen auf die Übertragung von Maßstäben und Normen aus dem Wirtschafts- und Unternehmensbereich auf das komplexe Verhältnis von Politik und Gesellschaft hinaus. Das in vielen Diskussionen und Kommentaren immer wieder bemühte Schlagwort von einer krisengeschüttelten „Deutschland AG“, die es umgehend zu sanieren gelte, bringt diesen Paradigmenwechsel auf eine einprägsame Formel.

Mit diesem, unter anhaltendem publizistischen Artilleriefeuer angestrebten Paradigmenwechsel sind weitreichende Folgen für die gegenwärtige und zukünftige politische Debatte und die damit verknüpften Rollen der Parteien verbunden. Zunächst kommt es zu einer Neubewertung politisch relevanter und öffentlich diskutierter Probleme. Themen wie sozialer Frieden und Gerechtigkeit, Repräsentation politischer Interessen, kulturelle Vielfalt, Teilhabe an politischen Entscheidungen oder Fragen der ökologische Bedrohung – um nur einige wichtige Themen aus den zurückliegenden Jahren zu nennen – treten in den Hintergrund gegenüber den vorgeblichen Voraussetzungen und Zwängen eines rentablen Betriebsergebnisses der „Deutschland AG“. Zugleich rücken damit andere Forderungen nach fiskalischen Maßnahmen und wirtschaftspolitischen Prioritäten in den Mittelpunkt, die in einer allgemeinen unternehmerischen Dynamik den Schlüssel auch zur Lösung der anstehenden gesellschaftspolitischen Fragen wännen. Es ist in diesem Sinne keinesfalls zufällig, in nahezu jeder Talk-Runde einen Unternehmensberater oder den Ökonomen eines Bankhauses anzutreffen, der gewissermaßen als neuer Vertreter der gesellschaftspolitischen Vernunft harsche Zensuren an die ungelehrigen Repräsentanten der Parteien und Verbände austeilt.

Dass die Unionsparteien und die Liberalen diesen Schwenk zu einer Ökonomisierung des Politikverständnisses mehrheitlich unterstützen bzw. begeistert vorantreiben, ist angesichts ihrer klientelpolitischen Beziehungen nicht verwunderlich. Der im Namen der Rentabilität der „Deutschland AG“ seit Monaten mit aller Kraft geführte Feldzug gegen die Gewerkschaften liegt in ihrem unmittelbaren parteitaktischen Nutzen.

Erstaunen kann jedoch die Bereitwilligkeit, mit der sich weite Teile der sozialdemokratischen Führung diesen Paradigmenwechsel des Politischen zu eigen gemacht haben. Die SPD folgt damit der Opposition auf ein Gefechtsfeld, auf dem sie traditionsgemäß einen schweren Stand hat. Andererseits lässt sie die Abwertung von Themenfeldern im politischen Diskurs zu, die in der Vergangenheit ganz wesentlich den inneren Zusammenhalt und das politische Selbstverständnis ihrer Anhängerschaft ausmachten, auf denen alternative gesellschaftspolitische Entwürfe formuliert werden können und auf denen die Sozialdemokratie einen historisch gewachsenen Autoritäts- und Kompetenzvorteil genießt.

V.

Vor dem Hintergrund dieser beiden langfristigen Veränderungen ist abschließend das Verhaltensmuster der Wähler in Hessen und Niedersachsen zu diskutieren. Einmal mehr fallen enorme Schwankungen im Wählerverhalten auf. Auf den ersten Blick liegen die Ursachen hierfür in einem zunehmend rationaleren Verhalten der Wählerinnen und Wähler. Einstmals stabile Wählerbindungen verlieren demnach ihre verhaltensrelevante Bedeutung, die Wähler entscheiden sich spontaner je nach Problemlage und aktuellen Präferenzen. Zu relativieren ist diese Einschätzung jedoch durch eine nähere Untersuchung der strukturellen Veränderungen des politischen Wettbewerbs im letzten Jahrzehnt.

Verschiebungen der parteipolitischen Präferenzen sind allen Erkenntnissen der Wahlforschung zufolge keine unabwendbaren Naturereignisse. Großteils sind sie das Resultat des Handelns der politischen Eliten. Wählerverhalten spiegelt zunächst einmal die gesellschaftlich relevanten Konflikte wider, wie sie von den politischen Akteuren thematisiert, ideologisch interpretiert und programmatisch verdichtet werden. Große Wählerbewegungen zwischen den beiden Volksparteien belegen aus dieser Perspektive vor allem, dass die identitätsbildenden politischen Schlachten der Vergangenheit – etwa um die Wiederbewaffnung, die Ostpolitik oder auch die Nachrüstung – in der Gegenwart keine Entsprechung finden.

In aller Kürze lassen sich hierfür mindestens zwei Ursachenbündel benennen. Zunächst markieren die programmatischen Positionsveränderungen der europäischen Sozialdemokratie, wie sie etwa unter dem Namen „Dritter Weg“ oder auch „Neue Mitte“ vollzogen wurden,

eben nicht nur einen Mittelweg zwischen Neoliberalismus und alter, staatsfixierter Sozialdemokratie. In zentralen Feldern der Wirtschaftspolitik haben sie in Deutschland zu einer deutlichen Annäherung der SPD an christdemokratische Vorstellungen der sozialen Marktwirtschaft geführt.

Die entsprechenden Auswirkungen auf den politischen Wettbewerb lassen sich unter dem Stichwort der Personalisierung zusammenfassen. Anders als früher konkurrieren die Volksparteien heute in der Wirtschaftspolitik kaum noch mit alternativen programmatischen Entwürfen. Wahlentscheidend ist vielmehr die vermutete Kompetenz des Spitzenpersonals bei der effizienten praktischen Umsetzung; in der Sprache der Wahlsoziologen rangieren persönlichkeitsorientierte „Valenz-Issues“ zur Zeit weit vor programmatischen „Positions-Issues“. Von zentraler Bedeutung ist somit die politische Durchsetzungsfähigkeit, ins Hintertreffen geraten die öffentlichen Diskussionen um wirtschaftspolitische Alternativen.

Darüber hinaus befördert aber auch der ganz auf Moderation setzende Führungsstil des Kanzlers keineswegs die öffentliche Meinungs- und parteipolitische Identitätsbildung. Ganz unbestritten sind moderne pluralistische Gesellschaften auf die Konsensbildung und das Aushandeln von Kompromissen angewiesen. In diesem Sinne müssen Parteien über Maklermacht verfügen. Indem nun aber drängende Probleme zunehmend häufiger an vermeintlich unpolitische, allein sachfragenorientierte Expertenkommissionen delegiert werden, unterbleibt die für Demokratien unverzichtbare öffentliche Diskussion politischer Alternativen. Es ist hierbei nur eine weitere, keineswegs jedoch unbedeutende Konsequenz, dass durch diese Aufwertung politikferner Experten und Akteure zugleich auch die Motivation und das Engagement der politischen Strategen in Ministerialbürokratie und Parteizentralen gründlich gedämpft wird. Vielleicht ist hier auch ein Grund für den erneuten, eigentlich unverständlichen Fehlstart der Bundesregierung nach ihrem Wahlsieg im vergangenen Herbst zu suchen.

Im übrigen bleibt offen, in welchem Maße die vor allem aus dem amerikanischen Präsidialsystem und auch aus kleineren europäischen Demokratien mit Traditionen der Volksgemeinschaft entliehenen Modelle der Expertenkommission auf Deutschland übertragen werden können, das durch traditionelle gesellschaftliche Konflikte und einen ausgeprägten Parteienwettbewerb gekennzeichnet ist. Mit seinem überparteilichen und technokratischen Expertenanspruch macht das Kommissionswesen den politisch-ideologischen Zusammenhang

zwischen den propagierten Lösungen und einem bestimmten Parteiprofil weitgehend unkenntlich. Damit wird den Parteien ein wichtiges Instrument zur Mobilisierung und ideologischen Integration der eigenen Anhänger geraubt: Niemand wird für die Hartz-Kommission in den Wahlkampf ziehen wollen.

Diese Strukturveränderungen haben nun in ihrer Summe einschneidende Konsequenzen für das Wählerverhalten. Politik wird immer weniger als Streit um die besseren Ideen wahrgenommen. Sie erscheint vor allem als Konkurrenz zwischen letztlich austauschbaren Personen, wobei auch die Massenmedien naturgemäß die Personalisierung der Politik verstärken. Ein Wechsel der Stimmabgabe auch über die Lagergrenzen hinweg verliert in dieser Situation seine programmatisch-ideologische Bedeutung. Politische Auswahl reduziert sich auf die Suche nach dem Siegertyp.

Verschärfend kommt hinzu, dass die politische Rationalität unter der aktiven Mithilfe des Kanzlers inzwischen fast vollständig zur betriebswirtschaftlichen Kostenanalyse politikferner Expertenkommissionen verkommen ist. Regieren ist jedoch mehr als nur managen oder verwalten. Politische Führung ist vor allem einmal auf eine gesellschaftliche Zukunftsperspektive angewiesen. Stabiles Wählen setzt ein in diesem Sinne zielgerichtetes Regieren voraus. Die zweite Chance für den Bundeskanzler ist schon fast verspielt.